

# Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



## Zur Lage

### Gemeinsames Zeichen aller Demokraten war wichtig

#### Neonazi-Terror macht uns fassungslos

Die beispiellose Mordserie der Neonazi-Bande macht uns fassungslos. Unser Land fragt sich in diesen Tagen, wie konnten diese Verbrechen nur geschehen? Warum ist es nicht schon vor Jahren gelungen, den Tätern das Handwerk zu legen?

Es war wichtig, dass alle Fraktionen im Bundestag gemeinsam ihre Trauer über die Opfer bekannt haben. Gegen den Rechtsextremismus müssen alle Demokraten zusammenstehen. Dabei sollten wir uns aber davor hüten, auf die Fragen nach Versäumnissen der Sicherheitsbehörden vorschnelle Antworten zu formulieren. Jetzt ist die Zeit der Ermittlungen. Erst wenn diese abgeschlossen oder zumindest weiter fortgeschritten sind, ist die Politik am Zuge, um die Lehren zu ziehen.

### „Wir fahren die Verschuldung weiter zurück“

Im Bundestag haben wir in dieser Woche auch den Haushalt für das kommende Jahr verabschiedet. Unser Etatsatz ist ehrgeizig. Wir fahren die Verschuldung des Staates gemessen an den Erwartungen für dieses Jahr weiter zurück. Damit bleiben wir in Europa Vorbild.

Die Koalition stärkt das Wachstum. Die angestrebte Steuerentlastung wird der Binnenkonjunktur nutzen. Wir tun mehr für die Infrastruktur. Gerade sie ist für die Wirtschaftskraft unseres Landes von großer Bedeutung. Die Politik der Grünen, die ja auch den Beifall der SPD findet, würde Deutschland hingegen schwächen. Wer die Automobilindustrie schrumpfen lassen will, gefährdet eine Million Arbeitsplätze in dieser Branche. Wer die energieintensiven Betriebe stärker belasten möchte, verunsichert eine weite-



Volker Kauder  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

re Million Beschäftigte. Das gleiche droht in der Landwirtschaft, sollten sich die Grünen durchsetzen.

Im Plenum haben mich in dieser Woche viele Redner der Opposition enttäuscht. So ist der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel in seinem Beitrag zur Euro-Schuldenkrise zu kurz gesprungen. Es bleibt für uns dabei: Euro-Bonds lösen nicht die Probleme in Europa. Die Ursache der Krise, die übermäßige Staatsverschuldung in vielen Ländern, würde damit nicht an der Wurzel gepackt. Stattdessen muss überall ein intelligenter Mix aus Einsparungen und Wirtschaftsstimulation gefunden werden. Unser Haushalt verkörpert diese Balance.

*Volker Kauder*

## Inhalt

|   |    |
|---|----|
| Gemeinsames Zeichen aller Demokraten war wichtig                            | 1  |
| Rechtsterrorismus - Solidarität aller Parlamentarier mit den Opfern         | 2  |
| Deutschlands und Europas Zukunft sind untrennbar miteinander verbunden      | 3  |
| Anforderungen der Schuldenbremse mehr als erfüllt                           | 4  |
| Deutschland – ein Hort der Stabilität                                       | 5  |
| Bundestag verurteilt einstimmig Neonazi-Morde                               | 6  |
| „Mehr Europa“ lautet die Antwort auf die Krise                              | 7  |
| An der Fraktion führt kein Weg vorbei                                       | 8  |
| Neue Publikationen der Unionsfraktion Brauchen wir einen Internet-Minister? | 9  |
| Letzte Seite  | 10 |

## Impressum

Herausgeber  
Peter Altmaier MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
Redaktion: Claudia Kemmer (verantwortl.)

Telefon (030) 227 53015  
Telefax (030) 227 56660  
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

## Kommentar

# Rechtsterrorismus - Solidarität aller Parlamentarier mit den Opfern



Peter Altmaier  
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

In einem außergewöhnlichen Schritt hat der gesamte Deutsche Bundestag in dieser Woche eine Resolution beschlossen, die unsere Anteilnahme und unser Mitgefühl mit den Opfern der beispiellosen Mordserie rechter Terroristen zum Ausdruck bringt. Für die Angehörigen der Ermordeten ist das Geschehene unfassbar, die jahrelange Ungewissheit über die Täter ungeheuer belastend und die unterbliebene Aufklärung unbegreiflich. Es ist zutiefst beschämend, dass in Deutschland rechtsextremistische Ideologie jahrelang zu Mord und Terror führen konnte und diese Verbrechen nicht verhindert und aufgeklärt wurden.

## Sicherheitsstrukturen dringend überprüfen

Für den Deutschen Bundestag und für unsere Fraktion ist klar, dass die Abläufe und Hintergründe dieser Taten umfassend aufgeklärt werden müssen. Mit Sondersitzungen des Innenausschusses und des Parlamentarischen Kontrollgremiums haben wir diese Arbeit bereits begonnen. Sie wird in den nächsten Wochen mit großer Ernsthaftigkeit und Konsequenz weitergeführt werden. Auf dieser Grundlage werden wir dann auch die erforderlichen rechtlichen und administrativen Schlussfolgerungen diskutieren. Fest steht schon jetzt, dass die Strukturen der Sicherheitsbehörden auf Bundes- und Länderebene dringend überprüft werden müssen.

## Entschieden gegen jede Art von Extremismus

Fest ist und bleibt unsere Entschlossenheit, auch künftig extremistischen und terroristischen Strömungen – ganz gleich ob von rechts, von links oder von religiös-fundamentalistischer Seite – mit aller demokratischer Entschiedenheit entgegenzutreten: Verfassungsfeindliche, menschenverachtende Strömungen, Organisationen und ihre Vertreter dürfen weder in unserer Gesellschaft noch in unseren Parlamenten einen Platz haben.

| Rechtsextremismuspotenzial <sup>1</sup>             | 2007    |          | 2008    |          | 2009    |          |
|---|---------|----------|---------|----------|---------|----------|
|   | Gruppen | Personen | Gruppen | Personen | Gruppen | Personen |
| <b>in Parteien</b>                                  | 2       | 14.200   | 2       | 13.000   | 2       | 11.300   |
| „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)   |         | 7.200    |         | 7.000    |         | 6.800    |
| „Deutsche Volksunion“ (DVU)                         |         | 7.000    |         | 6.000    |         | 4.500    |
| <b>Sonstige rechtsextremistische Organisationen</b> | 69      | 4.000    | 65      | 3.800    | 60      | 2.500    |

<sup>1</sup> Die Zahlen sind z.T. geschätzt und gerundet.

Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz, aktuelle Grafiken entnehmen Sie auch dem Verfassungsschutzbericht 2010

# Deutschlands und Europas Zukunft sind untrennbar miteinander verbunden

## Generalausprache des Bundestages zum Haushalt 2012 – Merkel: „Einen goldenen Weg aus der Schuldenkrise gibt es nicht“

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ihren Willen bekräftigt, über Änderungen der europäischen Verträge eine bessere Überwachung der Stabilitätsregeln für den Euro zu erreichen. In der traditionellen Generalausprache zum Bundeshaushalt 2012 am vergangenen Mittwoch im Bundestag bekräftigte sie erneut: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Deutschlands und Europas Zukunft seien untrennbar miteinander verbunden, unterstrich die Bundeskanzlerin.

Als Ursachen der Schuldenkrise in Europa nannte Merkel übermäßige Staatsverschuldung einzelner Mitgliedsländer, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich und grundlegende Mängel in der Konstruktion der Wirtschafts- und Währungsunion. Für die Bundeskanzlerin gehören Krisenbewältigung und Vorsorge für die Zukunft unmittelbar zusammen. Einen „goldenen Weg“ aus der Krise, also ohne Risiken, gebe es nicht. In der Staatsschuldenkrise sei auf den Märkten Vertrauen verloren gegangen. Dies könne mit Euro-Bonds – also gemeinsamen Anleihen der Mitgliedsländer – nicht zurückgewonnen werden, sagte die Kanzlerin.

Die Auszahlung der nächsten Tranche aus dem Hilfspaket für Griechenland knüpfte die Bundeskanzlerin an die feste Zusage aller Parteien der neuen griechischen Regierung zu Reformen. Die Unterschrift des Premierministers alleine reiche nicht, sagte Merkel.

Mit Blick auf die Innenpolitik warnte die Kanzlerin die Opposition vor einer Blockade der geplanten Steuerentlastungen. Der christlich-liberalen Koalition gehe es um Steuergerechtigkeit. Ihr Motto laute weiterhin: „Wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet.“ Merkel zeigte sich zuversichtlich, dass sie die nötigen Mehrheiten für die geplanten An-

derungen im Steuerrecht bekommt. „Dass man den Grundfreibetrag anheben muss, ist überhaupt keine Frage“, sagte sie. Der Opposition warf sie Widersprüchlichkeit vor, wenn sie einerseits das Arbeitslosengeld II erhöhen, aber andererseits den Grundfreibetrag für die Steuerzahler nicht anheben wolle, von dem vor allem Geringverdiener profitieren.

Zu Beginn ihrer Rede zeigte sich die Kanzlerin erschüttert über die Morde der Neonazi-Bande und erinnerte an die Opfer, die sie namentlich nannte. Ausdrücklich betonte sie, dass es

### „Zeitenwende in Europa“

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sprach von einer „Zeitenwende in Europa“, auf die die Bundeskanzlerin die richtigen Antworten gebe. Mit dem Bundeshaushalt 2012 werde die Schuldenbremse des Grundgesetzes eingehalten, betonte Kauder. Dies sei der richtige Weg für Europa. „Bisher war Europa eine Antwort auf die Geschichte: Nie wieder Krieg! Jetzt wird Europa eine Antwort auf die Zukunft“, beschrieb der Fraktionsvorsitzende die Herausforderungen.



Bundeskanzlerin Angela Merkel im Plenum

Foto: Markus Hammes

die Pflicht des Staates gegenüber den Angehörigen sei, die Taten aufzuklären. Sie befürwortete den Vorschlag der Bundesjustizministerin, die Angehörigen der Ermordeten aus einem Fonds für Opfer extremistischer Übergriffe zu entschädigen.

### Kampf gegen Extremismus

Die Bundesregierung nehme die Gefahren des Rechtsextremismus sehr ernst, beteuerte Merkel. Die Extremismusbekämpfung sei eine Daueraufgabe für jeden von uns. Im laufenden Jahr stünden so viele Mittel wie nie zuvor dafür bereit, betonte sie.

Kauder äußerte seine Genugtuung über die gegenüber der Regierungszeit von Rot-Grün stark gesunkene Arbeitslosenzahl, insbesondere über die sinkende Jugendarbeitslosigkeit. Diese Errungenschaft könne jedoch in Gefahr geraten, wenn die Wirtschaft schrumpfe, wie es die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Renate Künast, für einige Bereiche wie die energieintensive Industrie, die Automobilindustrie und die Landwirtschaft gefordert habe.

# Anforderungen der Schuldenbremse mehr als erfüllt

## Haushalt 2012 im Zeichen der Konsolidierung – Mit Investitionen Schwerpunkte setzen

Der Bundestag hat den Haushalt 2012 in dieser Woche verabschiedet. Im parlamentarischen Verfahren war es der Koalition gelungen, die im Regierungsentwurf ursprünglich vorgesehene Nettokreditaufnahme von 27,2 Milliarden Euro um 1,1 Milliarden Euro auf 26,1 Milliarden Euro zu senken. Ob dieser Neuverschuldungsrahmen im kommenden Jahr tatsächlich ausgeschöpft wird, zeigt sich erst Ende 2012. Der Haushalt 2012 erfüllt die Anforderungen der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse, ja geht sogar darüber hinaus: Die maximal zulässige Neuverschuldung beträgt danach 40,5 Milliarden Euro.

Auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung setzt die christlich-liberale Koalition mit ihrem Etat gezielt politische Schwerpunkte, insbesondere in den Bereichen Investitionen, innere Sicherheit sowie Bildung und Forschung:

- Die Mittel für Investitionen in die Infrastruktur werden gegenüber dem Regierungsentwurf um eine Milliarde Euro erhöht. Für Maßnahmen im Bereich der Bundesfernstraßen stehen 600 Millionen Euro zur Verfügung, im Bereich Bundeswasserstraßen 300 Millionen Euro und für Schienenwege 100 Millionen Euro. Damit wird ein wichtiges Fundament für Wirtschaftswachstum gelegt, was gleichzeitig Arbeitsplätze sichert.

- Die Koalition setzt erheblich mehr Mittel für innere Sicherheit ein. So wird nicht nur der Etat des Bundesinnenministeriums um insgesamt 23 Millionen Euro gegenüber dem Regierungsentwurf erhöht. Auch für den Erwerb von speziellen Geräten zur Luftfrachtkontrolle sind zusätzlich 16,4 Millionen Euro vorgesehen.

- Deutschland ist auf dem Weg zur Bildungsrepublik: Dem Bereich Bildung und Forschung stehen 2012 insgesamt knapp 13 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist eine Steigerung um mehr als elf Prozent gegenüber dem Vorjahr und somit ein klares Signal der Koalition, dass sie bereit ist, substan-



Fraktionsvorsitzender Volker Kauder bei der Haushaltsdebatte im Plenum

Foto: Markus Hammes

zielle Mittel in zentrale Zukunftsaufgaben zu investieren.

### Signal an die ostdeutschen Länder

In den parlamentarischen Beratungen hat die Koalition gegenüber dem Regierungsentwurf darüber hinaus unter anderem folgende Änderungen vorgenommen:

- Die Mittel für die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) werden von 558 Millionen Euro um knapp 40 Millionen Euro auf 597 Millionen Euro erhöht. Das ist ein starkes Signal gerade an die ostdeutschen Bundesländer.

- Für neue Maßnahmen bei der Städtebauförderung waren ursprünglich im Regierungsentwurf 410 Millionen Euro vorgesehen. Der Etat wurde von der Koalition um 45 Millionen Euro aufgestockt, damit das Fördervolumen wie im laufenden Jahr wieder 455 Millionen Euro beträgt.

- Der kulturelle Bereich im Inland erhält im Vergleich zum Regierungsentwurf rund 50 Millionen Euro mehr. Davon sind alleine rund

30 Millionen Euro für die Förderung national bedeutsamer Kulturinstitutionen reserviert, davon wiederum 15 Millionen Euro für die Restaurierung sakraler Bauten.

Die politischen Alternativen für die Bürger in Deutschland werden auch an den Haushaltsprioritäten klar: Während die Koalition für strikte Konsolidierung, sinnvolle Investitionen und gerechte Entlastungen der Steuerzahler steht, setzt die Opposition auf massive Steuererhöhungen, um den Haushalt zu sanieren.

### Gesunde Haushalte sind das Fundament für Wachstum

Die christlich-liberale Koalition wird auch in den kommenden Jahren die verfassungsrechtlichen Vorgaben der Schuldenbremse einhalten und das strukturelle Defizit bis zum Jahr 2016 konsequent abbauen. Nachhaltige öffentliche Haushalte sind das Fundament einer stabilen und dynamischen Wirtschaft. Diese Handlungsmaxime bleibt das Markenzeichen der Haushalts- und Finanzpolitik der christlich-liberalen Koalition.

# Deutschland – ein Hort der Stabilität

## „Fraktion direkt“ sprach mit Michael Meister über den Etat 2012 – Politik für nachhaltiges Wachstum ist Voraussetzung für stabilen Haushalt



Michael Meister  
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion

Ist die aktuelle Staatsverschuldung von 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wirklich besorgniserregend? Was machen wir dagegen?

Meister: Bei der Euro-Einführung wurde aus guten Gründen eine Obergrenze von 60 Prozent des BIP vereinbart. Die Finanzmarktkrise, die die Einrichtung von Bad Banks und eine Reihe anderer Maßnahmen zu ihrer Überwindung notwendig machte, hat zu der heutigen Quote beigetragen. Aufgrund der Gesamtsituation in Deutschland und der guten wirtschaftspolitischen Perspektive ist der Stand nicht besorgniserregend, stellt aber eine Herausforderung dar. Ich bin davon überzeugt, dass wir die Obergrenze in absehbarer Zeit wieder einhalten werden.

Zunächst muss die jährliche Neuverschuldung abgebaut werden, damit wir ausgeglichene Haushalte erreichen. Einige Bundesländer streben das für ihren Haushalt zeitnah an. Auch der Bund muss in diese Richtung gehen. Dank unserer Politik läuft die Konjunktur gut, was zu Steu-

ermehreinnahmen und niedrigeren Ausgaben für Arbeitslose führt. Unsere Politik für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist daher gleichzeitig eine Politik der Haushaltsstabilität. Aber auch die historisch niedrigen Zinsen, die der Bund zahlt, wirken entlastend.

### Mit Reformen den Grundstein für solides Wachstum gelegt

Warum steht Deutschland besser da als die Euro-Partnerländer, von den USA ganz zu schweigen?

Meister: Vor rund zehn Jahren wurde Deutschland als reformunfähig kritisiert. Das hat sich geändert. Denn wir haben im Gegensatz zu vielen anderen Euro-Staaten die Jahre nach der Euro-Einführung genutzt und schwierige Reformmaßnahmen auf den Weg gebracht.

Wir haben den Mittelstand gestützt und Bürokratie abgebaut. Wir verteidigen gegen die versammelte Opposition aus SPD, Grünen und Linken immer wieder die Rente mit 67 als Weg für eine nachhaltige Finanzpolitik. Und wir haben mit Investitionen den Grundstein für die Bildungsrepublik gelegt. Diese Maßnahmen wirken sich jetzt positiv aus. Deutschland wird daher zu Recht als ein Hort der Stabilität angesehen.

Andere Staaten beginnen erst jetzt – unter dem Druck der Kapitalmärkte – mit den überfälligen Reformen. Teilweise ist ihnen die industrielle Basis inzwischen weggebrochen. Sie kann nur mühsam wieder aufgebaut werden.

### Investitionen für die Zukunft

Warum werden wir im kommenden Jahr mehr neue Schulden aufnehmen, als wir für das laufende Jahr erwarten?

Meister: Ein Vergleich von Ist-Werten mit Soll-Werten ist wenig aussagekräftig. Im Jahresverlauf hat sich die Konjunktur auf ein Normalmaß abgekühlt. Das führt zwar insgesamt noch zu einem guten Jahresergebnis, doch befinden wir uns jetzt am weniger guten Ende – was auf das kommende Jahr statistisch ausstrahlt. Angesichts dieser Vorbelastung müssen wir das Jahr 2012 realistisch betrachten. Bei der Veranschlagung des Haushalts lassen wir lieber Vorsicht walten.

Wofür werden die Steuermehreinnahmen aus der positiven konjunkturellen Entwicklung verwendet?

Meister: Wir müssen unser Land zukunftsfähig machen. Deshalb investieren wir in Bildung und Forschung. Auch die Energiewende wird nur gelingen, wenn wir entsprechende Schwerpunkte setzen. Aber auch klassische Investitionen dürfen nicht vernachlässigt werden, weshalb wir eine Milliarde Euro mehr in den Verkehrssektor investieren, als noch im Sommer geplant.

### Hilfen nur gegen Auflagen

Müssen wir im Haushalt Vorsorge treffen für die Griechenland-Hilfen und für den europäischen Rettungsfonds EFSF?

Meister: Die EFSF-Bareinlage ist im Haushalt eingepreist. Ansonsten haben wir Garantien zugesagt. Dafür fließen keine Haushaltsmittel. Damit die deutschen Steuerzahler auch künftig nicht belastet werden, müssen wir die Hilfen an strenge Konditionen binden. Wer Hilfe braucht, muss Auflagen erfüllen. Er muss zum Beispiel mit unbequemen Reformen die Grundlage dafür schaffen, dass Kredite nebst Zinsen auch tatsächlich zurückgezahlt werden können.

# Bundestag verurteilt einstimmig Neonazi-Morde

Abgeordnete aller Fraktionen zeigen sich betroffen



Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer

© ddp images/dapd/Michael Gottschalk

Im Namen aller Fraktionen hat Bundestagspräsident Norbert Lammert die „Trauer, Betroffenheit und Bestürzung“ der Abgeordneten über die erschreckende Serie von Morden und Anschlägen einer kriminellen neonazistischen Bande geäußert. In einer Sitzung des Bundestages am Dienstag zeigte er sich beschämt, dass die Sicherheitsbehörden die „über Jahre hinweg geplanten und ausgeführten Verbrechen weder rechtzeitig aufdecken noch verhindern konnten“.

Ausdrücklich entschuldigte sich der Präsident für Verdächtigungen von Opfern und Angehörigen. Mit den Mitteln des Rechtsstaates müsse alles Mögliche getan werden, um die Ereignisse und ihre Hintergründe aufzuklären. Der Schutz von Leib und Leben und die von der Verfassung garantierten Grundrechte hätten Geltung für jeden, der hier lebe, „mit welcher Her-

kunft, mit welchem Glauben und mit welcher Orientierung auch immer“, betonte der Bundestagspräsident.

## „Den geistigen Sumpf austrocknen“

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich versprach, die Verbrechen aufzuklären und die Schuldigen sowie ihre Helfershelfer zu bestrafen. Mit aller Kraft wolle er „den geistigen Sumpf austrocknen“, auf dem solche Taten gedeihen. Die Morde seien ein Angriff auf unsere freiheitliche Gesellschaft und unsere Demokratie. Für Extremismus und politische Gewalt dürfe in unserem Land kein Platz sein, sagte der Bundesinnenminister.

Friedrich kündigte die Einrichtung

eines gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus (GAZ) an, in dem Bund und Länder zusammenarbeiten sollen. Der Innenminister rief die Bundesländer auf, sich an dem Abwehrzentrum zu beteiligen.

Er selbst habe keinen Zweifel, dass es sich bei der NPD um eine verfassungsfeindliche Partei handle, erklärte Friedrich. Ein Verbot der rechtsextremistischen Partei, wenn es denn zustande käme, hielt der Innenminister für sinnvoll. Damit würde zumindest verhindert, dass die NPD über die Parteienfinanzierung auch noch Geld vom Staat erhalte. „Gleichwohl ist es nicht einfach, ein solches Verbotverfahren erfolgreich durchzuführen“, erläuterte der CSU-Politiker.

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe betonte, dass derzeit 300 Polizisten aus Bund und Ländern intensiv an der Aufklärung der Verbrechen arbeiteten. Wo den Behörden Fehler und Versäumnisse unterlaufen seien, müssten diese aufgeklärt und Konsequenzen gezogen werden. Gröhe betonte aber grundsätzlich auch, dass die Union an der Seite der Polizei stehe und den Polizisten bei dieser schwierigen Aufgabe den Rücken stärke.

Ein Bekenntnis zur Demokratie auch von zivilgesellschaftlichen Gruppierungen, die sich gegen rechtsextremistische Bestrebungen engagierten, sei nicht zu viel verlangt, wenn sie staatliche Förderung erhalten wollten. Dies habe nichts mit einem Generalverdacht zu tun, sagte Gröhe.

## Gemeinsame Erklärung aller fünf Fraktionen gegen Extremismus

Der Bundestag hat am Dienstag eine Erklärung zur Mordserie der Neonazi-Bande aus Thüringen und zur Arbeit der Sicherheitsbehörden einstimmig angenommen. Erstmals war ein gemeinsamer Antrag von allen fünf im Bundestag vertretenen Fraktionen eingebracht worden – als starkes Zeichen gegen Extremismus, Rassismus und Unmenschlichkeit. Der Bundestag stehe für ein „Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind“, heißt es darin.

Die Abgeordneten brachten ihre Trauer um die Opfer und ihr Mitgefühl für die Angehörigen zum Ausdruck sowie ihre tiefste Beschämung darüber, dass eine rechtsextremistische Ideologie – nach den „ungeheuren Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes“ im vergangenen Jahrhundert – auch heutzutage noch „unvorstellbare Mordtaten“ hervorgebracht hat.

„Mit aller Konsequenz“ wird in dem Antrag eine zügige und umfassende Aufklärung der Mordtaten sowie eine „umfassende Fehleranalyse“ gefordert, auch was die Strukturen deutscher Sicherheitsbehörden betrifft. Politik und Gesellschaft müssten sich mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen und notwendige Konsequenzen ziehen – gegebenenfalls auch mit einem neuen Anlauf zu einem NPD-Verbot.

# „Mehr Europa“ lautet die Antwort auf die Krise

## „Club 27“ traf sich in Berlin – Schuldenkrise und Weltwirtschaft im Mittelpunkt

Haushaltsdisziplin und Strukturreformen sind nach Auffassung der Fraktionsvorsitzenden, die der Familie der Europäischen Volkspartei (EVP) angehören, die Schlüssel für die Lösung der Schuldenkrise in Europa. Auf Einladung des Unionsfraktionsvorsitzenden Volker Kauder und der CSU-Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt trafen sich die 27 Fraktionschefs vergangene Woche in Berlin, um sich über die aktuellen europapolitischen Themen aus Sicht der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten auszutauschen. Beim mittlerweile fünften Treffen des „Club 27“ beschäftigten sich die Teilnehmer auch mit der Rolle Europas in der Weltwirtschaft und mit den Demokratiebestrebungen in Nordafrika.

Die Teilnehmer waren sich einig darin, dass der Weg aus der Schuldenkrise nur über eine strikte Haushaltskonsolidierung in den Mitgliedstaaten führen werde. Um die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Mitglieder zu erhalten, seien aber auch Strukturreformen unerlässlich, konstatierten sie. Ziel müsse die richtige Balance zwischen Einsparungen und Wachstumsimpulsen sein.

### Stabilitätsregeln sollen einklagbar werden

Die Bundeskanzlerin unterstrich, dass die Antwort auf die gegenwärtigen Herausforderungen nur mehr Europa und nicht weniger Europa heißen könne. Sie ermutigte die Teilnehmer nachdrücklich zu begrenzten Änderungen der Europäischen Verträge – nicht zuletzt, um die EU davor zu



Mitglieder des „Clubs 27“ mit der Bundeskanzlerin

thode und die intergouvernementale Methode als gleichberechtigt ansehen. Letztere bilde häufig genug eine Vorstufe zur Gemeinschaftsmethode. Insofern könnten die Mitglieder der Euro-Zone durchaus mit Verabredungen vorangehen, denen sich dann die restlichen EU-Staaten im Rahmen der 27 anschließen könnten.

### Hilfe für Demokratiebewegungen

Die Konferenz setzte sich auch intensiv mit der Unterstützung Europas für die Demokratiebestrebungen in Nordafrika auseinander. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die Lebensbedingungen der Menschen dort schnell verbessert werden müssten. Dabei müssten sich die EU als Ganzes und die Mitgliedstaaten hinsichtlich der Hilfsmaßnahmen – seien es materielle Leistungen,

von den Märkten erpresst zu werden. Die Verbindlichkeit der Regelungen der Euro-Zone müsse erhöht werden, etwa indem Klageverfahren vor dem EuGH ermöglicht werden, um die Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durchzusetzen. Mit Blick auf etwaige Reformen der EU-Verfahren betonte die Kanzlerin, dass sie die Gemeinschaftsme-

gen, sei es Beratung beim Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – gut abstimmen, um Doppelungen zu vermeiden. Auch den politischen Stiftungen kommt nach Meinung der Fraktionsvorsitzenden eine zentrale Rolle in diesem Prozess zu. Allerdings müsse man die Hilfe auch an Bedingungen knüpfen.

### „Club 27“

Einmal im Jahr treffen sich die Vorsitzenden der zur Europäischen Volkspartei gehörenden nationalen Parlamentsfraktionen zu einem informellen Gedankenaustausch. Dieser sogenannte Club 27 wurde im Dezember 2007 auf Initiative des damaligen Fraktionsvorsitzenden der UMP in der französischen Assemblée Nationale, Jean-Francois Copé, gegründet. Nach den gescheiterten Referenden über den EU-Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden sollten die nationalen Parlamente besser miteinander und mit dem Europäischen Parlament verzahnt werden. Die Zusammenarbeit der nationalen Parlamente und ihrer Fraktionen hat nicht zuletzt durch ihre Verankerung im Vertrag von Lissabon 2009 erheblich an Bedeutung gewonnen. Einer verstärkten parlamentarischen Mitwirkung in Europafragen dienen inzwischen eine Vielzahl an Treffen und Konferenzen von Abgeordneten in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten. So entstehen informelle Netzwerke, und so wird die Koordinierung innerhalb der politischen Familien verbessert.

# An der Fraktion führt kein Weg vorbei

## Auf CDU-Parteitag präsentiert sich die Bundestagsfraktion seit Jahrzehnten mit einem Infostand

An der CDU/CSU-Fraktion führt kein Weg vorbei: Auf CDU-Parteitagen ist ihr Infostand in der Regel so positioniert, dass die Besucher vom Eingang der Messehalle zum Parteitagstagesplenum quasi automatisch daran vorbeikommen. Am Infostand erfahren sie alles, was sie über die politische Arbeit der Bundestagsfraktion wissen müssen. Und die Neugier der Delegierten und Gäste ist groß: Arbeitsbericht und Broschüren stoßen auf lebhaftes Interesse.

Einen Infostand der Fraktion gibt es seit den 80er Jahren. Zu dieser Zeit wurde in den Fraktionen des Bundestages die Notwendigkeit erkannt, sich mit Informationen nicht nur an die Presse zu richten, sondern auch an die interessierte Öffentlichkeit. Anfangs war der Infostand nicht mehr als ein Tisch, der mit einer Bundesflagge drapiert war; darauf wurden Broschüren ausgelegt.

### Dienstleistungen für die Abgeordneten

In den 90er Jahren wurde der Infostand zu einem zeitgemäßen Kommunikationsinstrument umgestaltet. Dabei wurde das ebenfalls neu entwi-

ckelte Corporate Design der Fraktion – eine genau definierte Kombination aus Farben, Schriften und Symbolen – auch auf den Infostand übertragen. Außerdem wurde das Fraktionsbüro auf CDU-Parteitagen in den Infostand integriert.

Heute ist der Infostand die optisch attraktive und funktional mit allen Mitteln moderner Kommunikation ausgestattete Repräsentanz der Fraktion auf CDU-Bundesparteitagen. Hier können die an den Parteitagen teilnehmenden Abgeordneten die gewohnten Dienstleistungen des Fraktionsbüros und des Inneren Dienstes in Anspruch nehmen. Hier erhalten Delegierte und Gäste Auskunft über Aufbau und Arbeit der Fraktion. Infoflächen und Präsentationsbildschirme zeigen die führenden Persönlichkeiten der Fraktion und weisen auf spezielle Themen hin. In diesem Jahr in Leipzig hob die Fraktion ihr Engagement gegen Christenverfolgung in aller Welt hervor.

### Mitbringsel für den heimischen Verband

Die offene, mit Lichtelementen unterstützte Architektur des Infostands

sowie die lockeren Sitzgruppen laden zum Gedankenaustausch und zum Verweilen ein. Das haben auch auf dem Parteitag 2011 wieder viele Besucher und Gäste gerne genutzt. Wer zum Infostand der Unionsfraktion kommt, nimmt von dort auch immer etwas mit – seien es Hinweise und Informationen, Broschüren und Faltblätter oder nützliche Giveaways im Corporate Design der Fraktion. Häufig nutzen Besucher die Infomaterialien und Giveaways auch als Mitbringsel für den heimischen Kreis- und Ortsverband.



Prälat Karl Jüsten, die Kirchenbeauftragte Maria Flachsbarth und Fraktionsdirektor Kay Scheller  
Foto: Michael Maiworm



Die „Mitarbeiter“ des Infostandes mit dem Fraktionsvorsitzenden

Foto: Michael Maiworm

Transport und Aufbau des Infostands obliegt den Mitarbeitern der Fraktionspoststelle, die Ausstattung mit Bürokommunikation und IT der fraktionseigenen Informatikabteilung. Die Serviceleistungen des Inneren Dienstes werden – zuverlässig und schnell, wie immer – von dessen Mitarbeitern erbracht. Die Kommunikation mit Delegierten und Gästen übernahmen auch 2011 wieder Mitarbeiter des Inneren Dienstes, der Arbeitseinheit Bürgerkommunikation/Multimediale Dienste und die Vorsitzende des Personalrats der Fraktion.



## Neue Publikationen der Unionsfraktion

### Arbeitsbericht 2011 – Broschüren zu Bildung und Religionsfreiheit

Drei neue Broschüren erläutern die Politik der Unionsfraktion. Im **Arbeitsbericht** legt die Fraktion Rechenschaft über ihre politische Arbeit im Jahr 2011 ab. Schwerpunkte waren die Haushalts- und Finanzpolitik mit den Initiativen zur Bewältigung der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise, die Energiewende hin zu mehr erneuerbaren Energien sowie das Engagement für Religionsfreiheit.



Die Broschüre **„Gerechte Chancen für alle – Erfolgsrezepte für die Bildungsrepublik“** dokumentiert die Redebeiträge des gleichnamigen Kongresses. In den Beiträgen zeigen die Autoren auf, welche Wege zur Bildungsrepublik die Koalition schon beschritten hat und welche noch vor ihr liegen.



Die Broschüre **„Bedrängte und verfolgte Christen schützen“** belegt eindrucksvoll, wie wichtig das Menschenrecht der Religionsfreiheit ist. Neben betroffenen Christen kommen auch Repräsentanten der Kirchen zu Wort.

Alle Broschüren können unter [fraktion@cducsu.de](mailto:fraktion@cducsu.de) bestellt werden und stehen unter [www.cducsu.de/publikationen](http://www.cducsu.de/publikationen) zum Download bereit.



## Brauchen wir einen Internet-Minister?

### „Twitter-Treffen“ am Rande des CDU-Parteitages

Twitter und andere soziale Netzwerke verändern nachhaltig unsere Kommunikationsstrukturen. Für die Politik ergeben sich hier neue Chancen. Um diese auszuloten, hatte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Peter Altmaier die netzaffinen CDU-Delegierten zu einem „Twitter-Treffen“ am Rande des Parteitags vergangene Woche in Leipzig eingeladen.

Altmaier rief die Abgeordneten dazu auf, mit den Bürgern im Netz zu kommunizieren und sich einen „digitalen Wahlkreis“ zuzulegen. Die neuen Kommunikationswege stellen eine der größten Veränderungen für die Politik seit der Französischen Revolution dar, sagte Altmaier. Mit sogenannten Retweets – den kommentierten oder un-

kommentierten Wiederholungen einer Kurznachricht – kann über Twitter eine einzelne Äußerung enorme Multiplikatoreffekte erzielen. Bürger haben die Möglichkeit, zeit- und ortsunabhängig politische Diskussionen anzustoßen, andere Internetnutzer von ihrer Meinung zu überzeugen und gemeinsam Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben. Politiker können sich im Gegenzug über Twitter die sogenannte Schwarmintelligenz – die gebündelte Weisheit der Menge – zu Nutze machen. Für sie besteht eine große Chance auch darin, dass sie potenzielle Wähler auf direktem Weg jederzeit und von jedem Ort aus erreichen können.

Der Vorsitzende des CDU-Arbeitskreises Netzpolitik, Michael Kretsch-

mer, berichtete auf dem „Twitter-Treffen“ über den Arbeitsbericht zur Netzpolitik, der auf [www.netzpolitik.cdu.de](http://www.netzpolitik.cdu.de) einsehbar ist. Auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist das Thema Netzpolitik beim stellvertretenden Vorsitzenden Kretschmer verankert. Er betonte, wie wichtig eine klare Zuordnung des neuen Politikbereichs sei, im Zweifelsfall auch in der Exekutive. „Wir müssen uns überlegen, ob wir diesem bedeutenden Querschnittsthema ein eigenes Ministerium einräumen. Brauchen wir einen Internet-Minister?“, fragte Michael Kretschmer die Runde. Die neue Landesregierung in Berlin hat sich erst vor wenigen Tagen für ein eigenständiges Ressort Netzpolitik entschieden.

## Zahl der Erstsemester steigt um 16 Prozent

Wiesbaden – Im Studienjahr 2011 (Sommersemester 2011 und Wintersemester 2011/2012) nahmen nach vorläufigen Zahlen 515.800 junge Menschen ein Studium an Hochschulen in Deutschland auf. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilte, stieg die Zahl der Erstsemester damit im Vergleich zu 2010 um 16 Prozent. Die Zahl der männlichen Studienanfänger nahm mit 23 Prozent deutlich stärker zu als die der weiblichen mit neun Prozent.

Die Studienanfängerquote, das heißt der Anteil der Studienanfänger an der gleichaltrigen Bevölkerung, liegt im Studienjahr 2011 bei 55 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Zunahme von zehn Prozentpunkten. Sowohl der starke Anstieg der absoluten Zahl der Studienanfänger als auch der Studienanfängerquote sind zum großen Teil auf die doppelten Abiturientenjahrgänge in Bayern und Niedersachsen sowie auf die Aussetzung der Wehrpflicht zurückzuführen.

Deutlich mehr Studierende begannen ein Studium in Bayern (32 Prozent) sowie in Nordrhein-Westfalen (22 Prozent) und Niedersachsen (19 Prozent). Die Zahl der Studienanfänger in Brandenburg, dem Saarland und Thüringen blieb hingegen nahezu konstant.



Zeichnung: Stuttmann

### „Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter [www.cducusu.de/newsletter](http://www.cducusu.de/newsletter) abonnieren.

### Termine ([veranstaltungen.cducusu.de](http://veranstaltungen.cducusu.de))

|                   |                               |
|-------------------|-------------------------------|
| 28. November 2011 | Kongress Afghanistan          |
| 30. November 2011 | Kongress Wettbewerb im Handel |
| 12. Dezember 2011 | Kongress Demografie           |
| 13. Dezember 2011 | Vorweihnachtliche Feier       |

## Fast zwei Drittel der jungen Erwachsenen leben noch bei den Eltern

Wiesbaden – Im Jahr 2010 wohnten 64 Prozent der 18- bis 24-Jährigen noch mit ihren Eltern in einem Haushalt zusammen. Wie das Statistische Bundesamt ermittelte, lebten junge Frauen (57 Prozent) dabei deutlich seltener im elterlichen Haushalt als

ihre männlichen Altersgenossen (71 Prozent).

Allein in einem eigenen Haushalt lebten 17 Prozent der 18- bis 24-Jährigen (Frauen: 18 Prozent, Männer: 17 Prozent). 13 Prozent der jungen Erwachsenen lebten mit dem Ehe- oder

Lebenspartner zusammen (Frauen: 18 Prozent, Männer: acht Prozent). Sechs Prozent waren entweder alleinerziehend oder teilten sich den Haushalt mit anderen Alleinstehenden, zum Beispiel in einer Wohngemeinschaft (Frauen: acht Prozent, Männer: vier Prozent).

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)  
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ [blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)  
Fraktion direkt ➔ [www.cducusu.de/fd](http://www.cducusu.de/fd)

(Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/  
cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/  
cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/  
cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)